

**Geschäftsführung
Bezirksvertretung 5 (Nippes)**

Herr Rupsch

Telefon: (0221) 221-95313

Fax : (0221) 221-95447

E-Mail: guido.rupsch@stadt-koeln.de

Datum: 07.12.2020

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 2. Sitzung der
Bezirksvertretung Nippes vom 03.12.2020****öffentlich****9.1.4 Baubeschluss für die Umgestaltung des Knotenpunktes Amsterdamer Straße/Xantener Straße sowie Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung - hier: Finanzstelle 6601-1201-5-1118, Umbau Knotenpunkt Amsterdamer Straße/Xantener Straße 3250/2019**

Herr Urmetzer stellt den Änderungsantrag der FDP vor, der aus dem Verkehrsausschuss in die Bezirksvertretung Nippes verwiesen wurde. Die FDP beantragt einen Linksabbieger vom Riehler Gürtel auf die Amsterdamer Straße und die Umkehrung der Einbahnstraße im östlichen Bereich der Xantener Straße. Der Antrag zielt darauf ab, unnötigen Kfz-Verkehr durch Wohngebiete zu verhindern und die Hauptverkehrsachse zu stärken. Anschließend begründet er seinen eigenen Antrag.

Herr Schlieper begründet seinen Änderungsantrag damit, dass in beide Fahrtrichtungen genügend Platz für einen sicheren Radverkehr ermöglicht werden soll.

Frau Feuser möchte mit ihrem Änderungsantrag die Sicherheit der Radfahrer beim Linksabbiegen sicherstellen.

Herr Bitzhenner glaubt, dass die Versetzung der Bushaltestelle nicht zu einer sicheren Verkehrsführung beitrage. Auch bemängelt er, dass die Datengrundlage für den Beschluss aus 2008 zu alt sei. Sie müsse daher vor einer Entscheidung auf den neuesten Stand gebracht werden. Die Planung sei fahrradunfreundlich. Der von der FDP vorgeschlagene Linksabbieger auf die Amsterdamer Straße sei aus seiner Sicht in Ordnung. Den von den Klima Freunden beantragten Fahrradaufstellbereich findet er nicht überzeugend. Zudem sei im Zuge der Gesamtplanung nicht die Umgestaltung der Kreuzung Riehler Straße/Xantener Straße berücksichtigt.

Herr Schmitz sieht die Linksabbiegespur am Riehler Gürtel positiv und möchte der Verwaltungsvorlage zustimmen. Der beantragte Wegfall von Parkplätzen sei aus seiner Sicht nicht nachvollziehbar.

Herr Meier bekräftigt Herrn Bitzhenner und verweist darauf, dass die Vorlage deswegen vertagt wurde, damit von der Verwaltung neue Daten vorgelegt werden können. Ferner beantragt er die Durchführung einer Bürgerbeteiligung.

Frau Bezirksbürgermeisterin Dr. Siebert weist darauf hin, dass Anlage 7 der Verwaltungsvorlage die aktuellen Zahlen für eine Beschlussfassung liefere. Ferner sei die Versetzung der Bushaltestelle durch den Änderungsantrag der FDP hinfällig.

Der geplante Kreisverkehr an der Niehler Straße/Xantener Straße würde das Linksabbiegen nach Ansicht von Herrn Meier deutlich erleichtern und zu deutlich mehr Durchgangsverkehr in der Xantener Straße Richtung Amsterdamer Straße führen. Aus diesem Grund sei eine Öffentlichkeitsbeteiligung notwendig.

Herr Urmetzer möchte keine Bürgerbeteiligung durchführen, da der Gestaltungsspielraum nach Ansicht der Verwaltung nicht ausreichend sei. Durch die vorliegenden Änderungsanträge würde die Maßnahme weniger umfangreich, dadurch verringere sich der Gestaltungsspielraum nochmals.

Herr Meier entgegnet, dass gerade die Änderungsanträge zeigen würden, dass es einen großen Gestaltungsspielraum geben würde. Im Rahmen einer Öffentlichkeitsbeteiligung würden auch Vorschläge erarbeitet, die über die der Änderungsanträge hinausgehe.

Gegen die Stimmen von SPD, CDU und der PARTEI wird beschlossen, über die Änderungsanträge nach Zeitpunkt des Eingangs zu entscheiden, dann über den der FDP-Ratsfraktion, über den Antrag auf Öffentlichkeitsbeteiligung und anschließend über den Gesamtantrag.

Der Änderungsantrag der FDP wird bei Enthaltung der SPD mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU und der PARTEI mehrheitlich beschlossen.

Der Änderungsantrag von GUT wird bei Enthaltung von Herrn Bitzhenner mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und CDU beschlossen.

Der Antrag der Klima Freunde wird bei Enthaltung von SPD und CDU einstimmig beschlossen.

Der Antrag der FDP-Ratsfraktion wird bei Enthaltung der SPD und der PARTEI einstimmig beschlossen.

Anschließend wird über die so geänderte Gesamtvorlage abgestimmt und es ergeht folgender

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Nippes fordert die Verwaltung auf, die Ampelphasen der Kreuzung Xantener Straße/Amsterdamer Straße dahingehend zu ändern, dass die Grünphase der Xantener Straße auf die Amsterdamer Straße verlängert wird, um den morgendlich auftretenden Stau schneller abfließen zu lassen. In die Phasen, in denen die Stadtbahn die Kreuzung passiert, wird nicht eingegriffen, um deren schnellen und ungestörten Verkehr nicht zu beeinträchtigen.

2. Die durch die Baumaßnahme entfallenden Bäume werden durch die Pflanzung von zehn neuen Bäumen, möglichst auf der nördlich gelegenen Verkehrsinsel, mindestens aber im nahen Umfeld der Kreuzung, ersetzt.
3. Auf der Xantener Straße soll auf dem Teilstück zwischen Amsterdamer Straße und Theodor-Schwann-Straße auf der nördlichen Straßenseite das Parken auf dem Gehweg und der Straße, z.B. durch eine Parkverbotszone, verhindert werden. Gleiches soll auf der südlichen Straßenseite der Xantener Straße auf dem Teilstück zwischen Theodor-Schwann-Straße und Riehler Gürtel geschehen.“
4. Die Bezirksvertretung Nippes fordert die Verwaltung auf, einen Fahrradaufstellbereich vor der Ampel auf der Xantener Str. in Nippes vor der Kreuzung Amsterdamer Str. durch Bodenmarkierung einzurichten.
5. Die Verwaltung wird parallel zu den vorgenannten Maßnahmen beauftragt, eine Linksabbiegespur aus dem Riehler Gürtel in Richtung Zoobrücke zu planen und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen. Mit Ermöglichung dieser Abbiegerelation ist in der östlichen Xantener Straße zwischen Amsterdamer Straße und Theodor-Schwann-Straße die Einbahnstraßenrichtung zu drehen und in der Theodor-Schwann-Straße eine Einbahnstraßenregelung ganz oder teilweise einzuführen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, dazu eine neue Kostenberechnung und einen neuen Baubeschluss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der SPD und der PARTEI einstimmig beschlossen.

Herr Meier erklärt anschließend, dass sein Antrag auf Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung damit obsolet sei.